



Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Rathaus  
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.  
Mathias Michalski, stellv. Vorsitzender  
Sören Michelsburg, stellv. Vorsitzender  
Karl Emer  
Johannah Illgner  
Adrian Rehberger  
Michael Rochlitz

Marktplatz 10  
69117 Heidelberg  
☎ 06221/5847150  
☎ 06221/584647150  
✉ geschaeftsstelle@spd-  
fraktion.heidelberg.de  
www.spd-fraktion-heidelberg.de

14.05.2024

Sachantrag ASC TOP 3 | Umstellung Finanzierung Autonomes Frauenhaus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die kommende Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit (ASC)  
beantragt die SPD-Fraktion zum oben genannten Tagesordnungspunkt:

- Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob eine Abwicklung der Tagessatzkosten für untergebrachte Frauen ohne Wohnsitz in Heidelberg mit Anspruch auf Leistungen nach SGB II oder XII über deren Heimatkommunen analog zum Modell in Mannheim umgesetzt werden könnte.

Begründung:

Im Heidelberger Frauenhaus werden auch Frauen untergebracht, die nicht in Heidelberg wohnen. Die Abrechnung mit den Heimatkommunen für Anspruchsberechtigte nach SGB II oder XII obliegt hierbei den Frauenhäusern – dies bedeutet, dass das Frauenhaus bis zur Erstattung durch die Heimatkommunen hier finanziell in Vorleistung gehen müssen, was für die Einrichtung eine enorme finanzielle Belastung und Arbeitsaufwand bedeutet.

Die Stadt Mannheim handhabt die Abrechnung für untergebrachte Frauen mit Wohnsitz außerhalb Mannheims folgendermaßen: Die Kosten für die Unterbringung im Frauenhaus werden von der Stadt Mannheim an das Mannheimer Frauenhaus erstattet – die Abrechnung über die Heimatkommunen erfolgt anschließend über die Stadt Mannheim. Hierdurch wird der Kosten- und Verwaltungsaufwand für die Frauenhäuser so gering wie möglich gehalten.

Ein solches Modell könnten wir uns auch für die Frauenhausplätze in Heidelberg vorstellen. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung, entsprechend zu prüfen, ob eine Umsetzung des Mannheimer Modells auch in Heidelberg möglich wäre.